

Hat die Stadtleitung Potsdam richtig gehandelt?

Das Büro der Stadtleitung Potsdam beschloß vor einigen Wochen, die beiden Wohnbezirksparteiorganisationen im Wohnbezirk 16 zu einer Grundorganisation zusammenzuschließen. Der Beschluß ergab sich aus der richtigen Überlegung, daß in diesem Verwaltungsgebiet die Parteimitglieder ihre Aufklärungstätigkeit unter der nicht berufstätigen Bevölkerung erfolgreicher ausüben könnten, wenn sie in einer einheitlichen Parteiorganisation unter Führung einer Parteileitung vereinigt wären. Durch Vertreter ließ das Büro die Parteimitglieder in beiden Mitgliederversammlungen über den bereits gefaßten Beschluß informieren und diesen erläutern. Einige Genossen waren jedoch mit dem Beschluß des Büros der Stadtleitung nicht einverstanden. War das verwunderlich? Diese Genossen fühlten sich' übergangen, weil die beabsichtigte Veränderung in ihrem Organisationsleben nicht vorher mit ihnen beraten worden war. Sie fühlten sich in die Rolle von Befehlsempfängern versetzt und protestierten dagegen. Genosse Strzeletz, Mitglied der Leitung der WPO 16, wies darauf hin, „daß es eine Verletzung der innerparteilichen Demokratie bedeutet, der Mitgliederversammlung den fertigen Beschluß des Büros der Stadtleitung vorzulegen, ohne die Mitglieder vorher gehört zu haben“; er bekam aber vom Vertreter der Stadtleitung, Genossen Puhlmann, zur Antwort, daß das ja nur eine reine Formsache gewesen wäre. Selbst wenn die Mitgliederversammlung diesen Vorschlag beraten und abgelehnt hätte, wäre der Beschluß der Stadtleitung durchgeführt worden, da das dem Prinzip des demokratischen Zentralismus entspräche. Mit Recht wendet sich Genosse St. gegen eine solche Auslegung des demokratischen Zentralismus und verweist in seinem Schreiben an unsere Redaktion auf entsprechende Festlegungen im Parteistatut. Ein wesentlicher Bestandteil des demokratischen Zentralismus ist die innerparteiliche Demokratie, die jedem Parteimitglied das Recht einräumt, „in seiner Parteiorganisation, auf den Parteiversammlungen ... an der Erörterung aller Fragen der Politik der Partei und ihrer praktischen Arbeit teilzunehmen und seine Vorschläge zu unterbreiten“.

Das Büro der Stadtleitung würde richtig gehandelt haben, hätte es diese organisationspolitische Frage der Zusammenlegung von zwei Wohnbezirksparteiorganisationen vorher in den beiden Mitgliederversammlungen beraten und beschließen lassen. Da kein Grund vorliegt, daß sich die Parteimitglieder des Wohnbezirks dieser politischen Notwendigkeit verschließen müssen, hätten bei überzeugender Darlegung der politischen Beweggründe durch Vertreter des Büros sicherlich beide Mitgliederversammlungen diesem Beschluß zugestimmt. Dieser, vom Büro der Stadtleitung bestätigt, wäre ein wahrhaft demokratisch gefaßter Beschluß gewesen. Den demokratischen Zentralismus allein zu sehen in der unbedingten Verbindlichkeit der Beschlüsse der höheren Organe für die unteren Organe — wie es Genosse Puhlmann und auch der 2. Sekretär der Stadtleitung, Genosse Wernsdorf, tut, — heißt das leitende Prinzip des Parteaufbaus verletzen. Der demokratische Zentralismus vereinigt straffen Zentralismus mit breitem innerparteilichem Demokratismus und eiserne Disziplin mit dem Recht der Parteimitglieder, über alle Fragen zu diskutieren und die Tätigkeit der gewählten Parteiorgane zu kontrollieren.

H.L.